

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.379.850

Wien, 8.7.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 18629/J des Abgeordneten Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend EU-Ministerrat (Verbraucherschutz) am 19. April 2024 in Brüssel** wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Gibt es einen offiziellen Bericht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Anschluss an das informelle EU-Ministertreffen zum Verbraucherschutz am 19. April 2024 in Brüssel?*
- *Falls ein solcher Bericht existiert, können Sie, als Konsumentenschutzminister, bitte Auskunft darüber geben, was darin behandelt wird und welche Schlussfolgerungen oder Empfehlungen darin enthalten sind?*
- *Ist dieser Bericht für die Öffentlichkeit zugänglich, und wenn ja, wo kann er gefunden werden?*
 - a. *Wenn nein, wieso nicht?*

Der belgische Ratsvorsitz organisierte eine informelle Tagung der Verbraucherschutzminister:innen am 19.4.2024 in Brüssel. Der von der ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel erstellte Bericht wurde mittlerweile an die mitbetroffenen Ressorts sowie an das österreichische Parlament übermittelt.

Das Programm, Inhalte sowie weiterführende Informationen über das Ministertreffen sind öffentlich über die Webseite des belgischen Ratsvorsitzes zugänglich: <https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelle-tagung-auf-minister-ebene-verbraucher-schutz-18-194/>.

Frage 4:

- *Enthält der Bericht Informationen über Diskussionen, Beschlüsse oder Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verbraucherschutz auf EU-Ebene, die für Österreich relevant sind?*
 - a. *Wenn ja, wieso wird der Bericht den österreichischen Nationalratsabgeordneten nicht zur Verfügung gestellt?*

Im Rahmen der informellen Tagung wurden keine Empfehlungen, Beschlüsse oder Schlussfolgerungen getroffen.

Frage 5:

- *Wurden im Rahmen des informellen EU-Ministerrats am 19. April 2024 spezifische Themen des Verbraucherschutzes erörtert, die im Bericht des Ministeriums näher beleuchtet werden?*

Unter der Leitung des belgischen Ratsvorsitzes diskutierten die Teilnehmer:innen des Treffens in zwei „tour de table“-Runden über folgende Themen:

1. Verbesserungen bei der grenzüberschreitenden Verbraucherrechtsdurchsetzung, Risiken der finanziellen Ausgrenzung von Verbraucher:innen, Informationsaustausch beim Kauf von Gebrauchtwagen;
2. Nachhaltigkeit im E-Commerce, Herausforderungen für den Verbraucherschutz durch Anwendungen Künstlicher Intelligenz, Influencer Marketing.

Fragen 6 bis 9:

- *Gibt es bestimmte Herausforderungen oder Prioritäten im Bereich des Verbraucherschutzes, die von Österreich auf EU-Ebene angesprochen wurden und im Bericht des Ministeriums behandelt werden?*
- *Welche Rolle spielte Österreich bei den Diskussionen zum Verbraucherschutz während des informellen EU-Ministerrats und spiegelt sich dies im Bericht des Ministeriums wider?*

- *Werden im Bericht des Ministeriums zukünftige Schritte oder Strategien Österreichs im Bereich des Verbraucherschutzes auf nationaler und EU-Ebene skizziert?*
- *Gibt es spezifische Ergebnisse oder Entwicklungen im Bereich des Verbraucherschutzes, die Österreich nach dem informellen EU-Ministerrat am 19. April 2024 in Brüssel verfolgen wird, und werden diese im Bericht des Ministeriums behandelt?*

In den Diskussionsrunden betonte Österreich die große Bedeutung einer effektiven grenzüberschreitenden Rechtsdurchsetzung für ein hohes europäisches Verbraucherschutzniveau. Im Rahmen der angekündigten Revision der EU-Verbraucherbehördenkooperation müsse besser sichergestellt werden, dass die europäischen Konsumentenschutzstandards gegenüber Anbieter:innen aus Drittstaaten nach denselben Maßstäben durchgesetzt werden können, wie gegenüber europäischen Unternehmen. Besonders hervorgehoben wurden vom österreichischen Vertreter in der Diskussion zudem die aus Verbraucherschutzsicht problematischen Praktiken von „Shrinkflation“ und „Skimpflation“, bezüglich derer eine Auseinandersetzung auf EU-Ebene angeregt wurde.

Im Hinblick auf den Grünen Wandel und nachhaltigen Konsum betonte Österreich, dass es klare Vorgaben im Produktionskreislauf brauche. Zum Thema der Nachhaltigkeit im E-Commerce erklärte der österreichische Vertreter, dass dringend Maßnahmen zur Eindämmung von „Drop Shipping“ erforderlich seien, da diese Praktiken sowohl aus Verbraucher:innen-als auch aus Umweltperspektive problematisch seien.

Bei den Diskussionspunkten aus dem Bereich der Digitalisierung begrüßte Österreich insbesondere die Überlegungen auf EU-Ebene für eine Auseinandersetzung mit dem Thema der süchtig machenden Nutzung digitaler Produkte.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

